CBG Editorial

Globalisierung und ihre Folgen auf Umwelt, Soziales und Demokratie sind in aller Munde. In über 35 Ländern der Welt gibt es inzwischen Attac als Bündnis der KritikerInnen aus Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. In Deutschland sind an Attac neben Pax Christi, verdi, BUND, WEED, medico international und terre des hommes auch der Dachverband der kritischen Aktionäre und die Coordination gegen Bayer-Gefahren dabei. Über 4.000 Menschen sind Mitglied geworden, um die neue Bewegung zu unterstützen.

Konzerne wie Bayer sind in vielerlei Hinsicht die Motoren und Profiteure des Globalisierungsprozesses. Sie sind es, die überall Druck auf die Öffnung der Märkte und Senkung der Unternehmensbesteuerung machen. Weltweit gibt es inzwischen 900 Freihandelszonen, in denen in vielfältiger Weise soziale, ökologische und steuerliche Regulierungen für exportorientierte Firmen außer Kraft gesetzt sind. Bayer produziert z.B. in der chinesischen Sonderwirtschaftszone Pudong.

Multinationale Unternehmen drücken sich außerdem ums Steuerzahlen. Über Holdinggesellschaften und Tochterfirmen verschieben sie ihre Gewinne in die Länder mit den niedrigsten Steuersätzen. Die dabei verwendeten Tricks kreativer Buchhaltung wie konzerninterne Verrechnungspreise und Unterkapitalisierung von Tochterfirmen sind oft illegal. Dies lässt sich angesichts der schlechten Ausstattung der Finanzämter aber kaum aufdecken und wird ohnehin nicht ernstlich bestraft. Die Hauptleidtragenden dieses Steuerdumpings sind fraglos Entwicklungsländer. Die Besteuerung von Gewinnen multinationaler Unternehmen ist dort laut einer OXFAM-Studie von durchschnittlich 35% auf 20% gesunken. Oft handeln sie die Steuersätze mit den Standortländern frei aus, statt sich nach den allgemeinen Gesetzen zu richten. Doch auch bei uns sinkt die Besteuerung der Konzerne im Vergleich zu ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ständig. Zuletzt drückte sich Bayer um die Zahlung von Gewerbesteuer an allen ihren deutschen Produktionsstandorten und stürzte damit die dortigen Kommunen in eine finanzielle Krise. Hinzu kommen die rückwirkenden Körperschaftssteuererstattung im Rahmen der rot-grünen Steuerreform in dreistelliger Millionenhöhe. Ausgedacht hat sich diese Steuerreform massgeblich der ehemalige Bayer-Steuerchef und heutigen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Zitzelsberger.

Gleichzeitig fand in den letzen 20 Jahren eine tiefgreifende Veränderung der Unternehmenskultur statt. Immer mehr Menschen legen ihr Kapital über Aktienfonds an, statt direkt in Unternehmen zu investieren. Die Aktienfonds stehen in scharfem Wettbewerb zueinander. Sie setzten nun die Leitungen der Unternehmen unter Druck höhere Renditen zu erwirtschaften. Dies macht es für die Firmen noch schwieriger auf soziale und ökologische Belange Rücksicht zu nehmen, was ohnehin nie eine Stärke von Konzernen war. Wir bezeichnen das als Diktat der Finanzmärkte oder des Shareholder Values.

Kurzfristig hat die Intensität des Wettbewerbs im Zuge der Globalisierung zugenommen. Dies hat natürlich auch Vorteile für die KonsumentInnen. Gleichzeitig findet ein beschleunigter Fusionsprozess statt, der zu immer größeren Unternehmen führt. Die Wettbewerbsbehörden sind dagegen weiterhin national bzw. europaweit organisiert. Sie können ferner lediglich im Falle von Fusionen einschreiten; gegen Verdrängungswettbewerb a'la Wal-Mart sind sie weitgehend hilflos. Die Wettbewerbspolitik muss sich daher ebenfalls global organisieren und muss in die Lage versetzt werden, marktbeherrschende Stellungen auch jenseits von Fusionen zu knacken.

Aus meiner Sicht fällt KonzernkritikerInnen im breiten Attac-Bündnis eine wichtige Rolle zu. Es gilt viele der eher abstrakten Mechansimen von Shareholder Value, Steuerdumping, unmenschlichen Arbeitsbedingungen und unlauterem Wettbewerb mit konkreten Beispielen zu belegen und anzuprangern. Außerdem wird es Zeit auch das steuerliche Gebaren der

Konzerne stärker aufzudecken und anzuprangern. Es ist nicht akzeptabel, dass viele unserer Global Players in vielerlei Hinsicht von öffentlichen Einrichtungen und Infrastruktur profitieren, ihre Gewinne aber hier nicht mehr versteuern.

Sven Giegold Attac Deutschland